

Eingriff ins Herz

Kommunen in Rheinland-Pfalz und im Saarland haben sich für ein einheitliches Dokumenten-Management-System entschieden. Der Geschäftsführer des IT-Dienstleisters KommWis, Herbert Benz, spricht über die Gründe, das Vergabeverfahren und den Projektablauf.

Herr Benz, warum haben sich die Kommunen in Rheinland-Pfalz für die Einführung eines einheitlichen Dokumenten-Management-Systems entschieden?

Bereits seit Jahren nimmt der Anteil des elektronischen Dokumentenbestandes rapide zu. Die Flut der E-Mails bereitet den Administratoren in den Kommunen zunehmend Kopfzerbrechen. Durch die unterschiedlichen Fachverfahren wird immer häufiger auch die Belegverwaltung übernommen und damit entsteht ein Sammelsurium an Dokumentenspeichern. Vor diesem Hintergrund haben die kommunalen Spitzenverbände von Rheinland-Pfalz sowie der Saarländische Städte- und Gemeindetag eine Zusammenarbeit bei der Beschaffung, Einführung und dem Betrieb eines landeseinheitlichen Dokumenten-Management-Systems (DMS) vereinbart.

Wie kam die Kooperation mit den saarländischen Kommunen zustande?

Seit Jahren wird zwischen dem Zweckverband eGo-Saar und KommWis ein reger Erfahrungsaustausch gepflegt. Was lag da näher, als bei einem so komplexen Projekt eine konkrete Zusam-

menarbeit zu vereinbaren? Die hohen zu erwartenden Aufwände bei der Erstellung eines DMS-Anforderungskataloges sowie die Abwicklung und Durchführung eines EU-weiten Vergabeverfahrens veranlassten letztlich die Spitzenverbände beider Länder zu dieser Kooperation. Mit KommWis und eGo-Saar existierten zudem projekterprobte kommunale Einrichtungen. Durch die Bündelung von fast 300 Kommunen lag ein zu erwartender wirtschaftlicher Vorteil auf der Hand.

Welche Vorteile versprechen Sie sich von der länderübergreifenden Zusammenarbeit?

Im Vergabeverfahren beteiligten sich aus beiden Ländern mehr als 25 Kommunen am Vorbereitungs- und Entscheidungsprozess. Aufbauend auf dem DOMEA-Anforderungskatalog des Bundes sind die kommunalen Anforderungen analysiert worden und in das Pflichtenheft eingeflossen. Sie werden in einem Kommunalclient Rheinland-Pfalz/Saarland zusammengefasst, den die Firma MACH bis Ende 2009 entwickelt. In den großen DMS-Projekten fällt ein hoher Implementierungs- und Konfigurationsaufwand an. Kleinere Kommunen sind nicht in der

Lage, die Anpassungs- und Dienstleistungskosten zu schultern. Mit dem Kommunalclient wird ein Weg eingeschlagen, der es Kommunen ermöglicht, in über 90 Prozent der Anwendungsfälle ein komplexes Produkt ohne zusätzliche Individualentwicklungen zu nutzen.

Welche Gründe sprachen für das Produkt MACH InformationManager?

MACH hat uns im Vergabeverfahren überzeugt. Sowohl bei den Präsentationen als auch bei der Wirtschaftlichkeit erreichte das Unternehmen die höchste Punktzahl. In Rheinland-Pfalz und im Saarland wird MACH InformationManager auch innerhalb der kommunalen Netze gehostet. Wir benötigten daher ein Produkt, das für den Rechenzentrumsbetrieb wie für den Eigenbetrieb einer Kommune die besten Voraussetzungen bot. Mit der Drei-Schichten-Architektur des Produktes, aber auch mit der Unterstützung von Open-Source-Anwendungen konnte MACH die Vergabe für sich entscheiden.



Herbert Benz

Wie soll die Einführung konkret vonstattengehen?

In Rheinland-Pfalz wird eine Einführungsstrategie mit den ersten zehn Piloten entwickelt. Mit den dabei gesammelten Erfahrungen wollen wir ein schlagkräftiges Installationsteam aufbauen. Im Saarland werden durch den Zweckverband eGo-Saar die vertraglichen Voraussetzungen geschaffen, um das DMS ab 2009 in ersten Pilotkommunen nutzen zu können. Eine wesentliche Rolle spielt auch die

Viele Büroleiter äußerten in DMS-Infoveranstaltungen, dass sie nach Abschluss der Doppik mit der DMS-Einführung beginnen wollen. Einige Kommunen haben bereits im Jahr 2008 das Rechnungswesen umgestellt. Nach der DMS-Mittelbereitstellung im Haushalt 2009 steht der Einführung dort nichts mehr im Wege. Unabhängig von dieser Verbreitung in der Fläche wird 2009 und 2010 eine Einführung in landesweiten Projekten erfolgen. So werden die Bereiche Personen-

versucht, die Zufuhr weitestgehend zu automatisieren. Damit benötigen wir sehr viele Schnittstellen, um Schriftgut übernehmen zu können. Die größten Probleme haben sich bei den unterschiedlichen Fachverfahren ergeben. Wir haben im Rahmen von Bestandsaufnahmen festgestellt, dass auch bei mittelgroßen Verwaltungen teilweise 80 und mehr Fachverfahren vorhanden sind, für die Schnittstellen zur Datenübernahme notwendig sind. Diesem Sammelsurium wollten wir uns nicht stellen. Auf Initiative beider Länder ist in der Zwischenzeit die Normierung einer bundeseinheitlichen Fachverfahrensschnittstelle abgeschlossen worden. Sie wurde in XDOMEA 2.0 aufgenommen und im Dezember 2008 vom KoopA verabschiedet. Mit dieser beispielhaften XÖV-Normierung haben wir einen einheitlichen landes- und bundesweiten Standard vorgebracht. MACH wird die Fachverfahrensschnittstelle Ende März 2009 in der ersten Stufe des Kommunalclient bereitstellen. Für das elektronische Personenstandsregister ist in beiden Ländern eine Verbindung von den Fachverfahren über diese Schnittstelle geplant. Auch in weiteren Bereichen soll es darüber eine Anbindung geben. Eine wichtige Frage spielte auch der Dokumentenaustausch mit anderen Stellen. Wir haben uns mit der Landesverwaltung, aber auch mit den Archiven in Rheinland-Pfalz und dem Saarland auf das Austauschformat XDOMEA verständigt. Damit ist sichergestellt, dass wir sowohl E-Akten austauschen, als auch an die zuständigen Archive abgeben können.

Interview: Alexandra Reiter

„Die bloße Abbildung der heutigen Prozesse verbaut die Chance zur Optimierung.“

Organisationsberatung. Mit einem DMS wird quasi ins Herz einer Verwaltung eingegriffen. Denn vielerorts müssen auch Organisation und Abläufe auf den Prüfstand gestellt werden. Die bloße Abbildung der heutigen Prozesse verbaut die Chance zur Optimierung. Hier soll die Organisationsberatung neue Möglichkeiten aufzeigen. Die kommunalen Spitzenverbände begleiten die Einführung, indem sie juristische Fragen lösen. Bereits im Vorfeld der Vergabe hatten sich aus den Themen Revisionssicherheit, Langzeitspeicherung und Medienbruch viele Detailfragen ergeben, die jetzt mit dem Innenministerium abzustimmen sind. Auch neue Dienst-Anweisungen sind erforderlich. Mit entsprechenden Musterdokumenten unterstützen die Spitzenverbände ihre Mitgliedsverwaltungen.

Wann wird das Projekt abgeschlossen und wem steht das System dann zur Nutzung zur Verfügung?

stands- und Meldewesen als erste mit MACH InformationManager über eine normierte Fachverfahrensschnittstelle verbunden. Die großen Rechenzentren werden für diese projektgebundene Umsetzung den kleineren Kommunen ein DMS-Hosting-Angebot vorlegen. Die flächenweite Einführung in allen Kommunen wird sich sicherlich über einen Zeitraum von drei Jahren erstrecken. Lizenzberechtigt sind alle Stadt-, Gemeinde-, Verbandsgemeinde- und Kreisverwaltungen, ferner auch die Tochtergesellschaften dieser Verwaltungen, sofern die jeweilige Kommune mit mindestens 50,1 Prozent an der Gesellschaft beteiligt ist.

Wie wird das DMS in bestehende Infrastrukturen eingebunden?

Hier liegt die eigentliche Stärke des Projektes. Wir haben alle Wege der Zuführung von Schriftgut zu einem DMS analysiert und